

11. Getrennte Recycling-Mülleimer im öffentlichen Raum

Postulat Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 14. November 2022

KR-Nr. 434/2022, RRB-Nr. 100/25. Januar 2023 (Stellungnahme)

Ratspräsident Jürg Sulser: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat das Postulat nicht zu überweisen.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Ich verzichte auf ein Votum.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Unsere Jugend macht sich Gedanken zur Vermeidung von Abfall und zum Recyceln, das ist gut so. Das Kommissionspostulat fusst nämlich auf einer Petition des Jugendparlaments. Es will nichts Einfacheres, als dass der Abfall an vielbesuchten Orten nicht einfach herumliegt, sondern sinnvoll entsorgt werden kann, und sinnvoll heisst hier, getrennt entsorgt werden kann. So frage ich Sie: Wie viele Male ist es auch Ihnen so ergangen, dass Sie nach einer Möglichkeit zur Entsorgung gesucht haben, draussen auf der Strasse, am Parkeingang und so weiter, aber diese Möglichkeit nicht gefunden haben oder, wenn Sie eine Möglichkeit gefunden haben, vor einem kleinen Abfalleimer gestanden sind, in der Hand aber einerseits Papier hatten, andererseits eine PET-Flasche oder auch noch Restmüll? Nun, was ist zu tun? Alles in den Abfallkorb stopfen? Alles ausser dem Restmüll nach Hause nehmen, dort trennen und dann wiederum zur Sammelstelle wandern? Seien wir ehrlich, wir stopfen oft alles in den vorhandenen Abfalleimer, das schlechte Gewissen bleibt. Viel einfacher wäre es, wie an vielen Bahnhöfen der SBB vorhanden, teilweise auch in grösseren Gemeinden, den Abfall sofort getrennt zu entsorgen.

Der Regierungsrat findet dieses Tun auch sinnvoll, ich zitiere: «Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass Recycling-Stationen an ausgewählten Standorten mit entsprechendem Besucheraufkommen durchaus einen Beitrag an ein noch besseres Entsorgungssystem leisten können.» Aber der Regierungsrat will nicht an der Gemeindeautonomie kratzen, ich zitiere weiter: «Die Gemeinden kennen die Bedürfnisse der Bevölkerung am besten und können Recycling-Stationen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten in geeigneter Art und Weise gut in Eigenverantwortung umsetzen.» Warum machen die Gemeinden dies dann nicht? Getrennte Recycling-Mülleimer sind im Kanton Zürich im Gegensatz zu anderen Kantonen und zum nahen Ausland doch noch sehr rar.

Die Bevölkerung will aber nicht nur ein gutes Entsorgungsangebot in den Gemeinden für den Haushalt, sondern auch, wenn sie unterwegs ist. Ziel soll sein, den Anteil an getrennt gesammelten Werkstoffen zu erhöhen. Es sollen jene Abfallfraktionen berücksichtigt werden, bei denen eine hohe Sammlungsdisziplin und eine genügend hohe Reinheit erwartet werden können. Die Praxis zeigt – der Regierungsrat schreibt es –, dass die Stationen grundsätzlich gut funktionieren.

Weiter sind im Einzelfall die Verhältnismässigkeit sowie die Machbarkeit zu berücksichtigen. Somit kommt man mit diesem Postulat also auch den Gemeinden entgegen. Es gibt einen riesigen Spielraum bei der Aufstellung von Recycling-Mülleimern. Die Petition des Jugendparlaments war hier wesentlich strikter unterwegs. Die KEVU aber hat schon ein merkliches Entgegenkommen, ein Respektieren der Gemeindeautonomie an den Tag gelegt.

Es gilt aber auch hier einmal mehr: Der Natur und den Ressourcen dieser Welt ist Achtung zu schenken – in kleinen Schritten. Auch kleine Schritte sind halt mühsam, auch für die Gemeinden. Wir müssen sie aber gehen, die Jugend will sie gehen, gehen wir sie mit ihr! Die SP-Fraktion ist für die Überweisung des Postulates.

Urs Wegmann (SVP, Neftenbach): Es ist uns ein sehr grosses Anliegen, dass Abfall am dafür vorgesehenen Ort entsorgt wird und nicht auf der Strasse, in den Rabatten, im Feld oder Wald oder sonst irgendwo landet. Rezyklieren ist sicherlich sinnvoll und soll gefördert werden. Das Anliegen stammt vom Jugendparlament und geniesst daher zusätzliche Sympathie.

Die Regierung lehnt das Postulat jedoch ab und hat dies sehr gut begründet. Aufgrund der, über alles gesehen, sehr kleinen Menge, die so zusätzlich rezykliert werden könnte, hätten diese kantonsweit aufzustellenden Eimer eher einen symbolischen als einen tatsächlichen Wirkungserfolg. Es sind relativ wenige Orte, wo separate Recycling-Stationen wirklich sinnvoll sind, das hat auch Herr Bärtschiger schon erwähnt. Es steht den Gemeinden ja auch heute schon offen, dort, wo sie das Gefühl haben, es mache Sinn, solche Stationen aufzustellen. Und das wird auch gemacht.

Zwar lässt das Postulat tatsächlich einen gewissen Spielraum für die Gemeinden. Dennoch finden wir es unverhältnismässig, das Abfallgesetz um eine solche Pflicht für alle Gemeinden zu erweitern. Nicht nur, aber insbesondere für ländliche Gemeinden, welche weder über einen grossen Park noch touristische Anziehungspunkte verfügen oder sonstige regelmässig grosse Menschenanhäufungen haben, wäre dies ein weiterer unnötiger Eingriff in die Gemeindeautonomie. Und eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Es bedeutet einmal mehr zusätzliche Bürokratie auf Kantons- und Gemeindeebene.

Das Aufstellen von getrennten Mülleimern könnte zudem auch kontraproduktive Auswirkungen haben, denn leider verhalten sich nicht alle Bürger so vorbildlich, wie wir das gerne hätten. Es muss davon ausgegangen werden, dass die getrennten Eimer eine Konkurrenz zu den bestehenden Recycling-Stationen darstellen werden, und ich spreche hier wirklich vorwiegend von den kleineren, ländlichen Gemeinden. Es ist schon ein Unterschied, ob wir in einer Stadt oder einem sehr urbanen Raum sind oder auf dem Land. In den ländlichen Gemeinden könnte das nämlich dazu führen, dass viele Individuen vermehrt ihren getrennten Abfall in diese Stationen stopfen – denn diese sind ja dann nicht so gross –, anstatt an den dafür vorgesehenen Sammelstellen richtig zu entsorgen. Dies führt dann zu Mehraufwand in den Gemeinden durch häufigeres Leeren dieser kleinen Sammelstellen. Chaotische Zustände sind zu befürchten, gerade am Wochenende, wenn dann

alle da ihr Zeugs entsorgen wollen. Zum Teil ist auch die Trennqualität sehr schlecht, sodass trotz teurer Sammeleimer und aufwendigen Einsammelns am Schluss doch alles im Kehrrecht landet. Also haben wir am Ende mehr Bürokratie, höhere Aufwände für die Gemeinden für praktisch keinen zusätzlichen Nutzen. Bitte schauen Sie sich noch einmal das grosse Ganze an. Vertrauen Sie der Antwort der Regierung und fällen Sie statt eines symbolischen einen vernünftigen Entscheid. Lehnen Sie das Postulat ab. Danke.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Mit dem Regierungsrat lehnt auch die FDP das Postulat der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt ab. Das Postulat wollte ja den Regierungsrat dazu auffordern, eine Änderung der Abfallverordnung vorzunehmen, eine Ergänzung der Abfallverordnung, wonach die Gemeinden und öffentlichen Betriebe an stark frequentierten Orten sowie Stellen mit hohem Abfallaufkommen getrennte Recycling-Mülleimer aufstellen müssen. Und ich betone hier ganz klar «müssen», denn dieses Müssen halten wir nicht für sinnvoll. Wir sind also nicht aus inhaltlichen Gründen gegen das Postulat, per se sind wir natürlich für das Trennen von Abfall, das ist eine notwendige, eine gute Sache. Aber wir sehen eben auch den Aufwand und sehen den tatsächlichen Handlungsdruck hier nicht als gegeben. Wie der Bericht der Regierung aufzeigt, sind sogenannte Recycling-Stationen bereits in vielen Zürcher Gemeinden und Städten durchaus verbreitet. Und interessanterweise hat ja das AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*), die Abteilung Abfallwirtschaft, die Gemeinden an einem Gemeindeforum explizit zu diesem Thema befragt. Das zeigt zwar, dass das Kommissionspostulat, das ja auf einer ursprünglichen Petition des Jugendparlaments basiert, aktuell ist. Andererseits ist für uns damit eben auch der Beweis erbracht, dass das Thema bei den Gemeinden angekommen ist und dass es keiner weiteren Regulierung bedarf.

Und in diesem Zusammenhang kommen wir auf die Verhältnismässigkeit zu sprechen. Wie schon die Kommission in ihrem Schreiben selbst darlegt, soll das Prinzip der Verhältnismässigkeit gewahrt werden. Und aus Sicht der FDP ist es eben verhältnismässiger, keine Verordnungsänderung anzustreben, sondern es entspricht sehr viel mehr der Verhältnismässigkeit, den Gemeinden ein Kreisschreiben zukommen zu lassen und sie auf diesem Weg zu animieren, zu unterstützen, getrennte Abfallstationen einzurichten. Das ist niederschwellig, schnell und unbürokratisch. Und auch so können die Gemeinden prüfen, wo sich solche Stationen ohne grossen Aufwand einrichten lassen. Sie sollen sich ja vor Ort gut ins Strassen-, Platz- und Stadtbild einpassen. Aus unserer Sicht sollte das Kreisschreiben überdies auch an die unabhängigen Schulgemeinden gerichtet werden. Schul- und Sportplätze werden oft stark von der Öffentlichkeit frequentiert, da sehen wir durchaus ein Potenzial. Aber wir sind der Meinung, dass die Gemeinden dies selbst aufnehmen können, sollten sie es für nötig halten. Wir überweisen nicht.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Ist es Ihnen auch schon passiert, dass Sie mit einer leeren PET-Flasche durch die halbe Stadt gerannt sind und nicht wuss-

ten, wo entsorgen? Erst am nächsten Bahnhof gab es dann endlich eine Möglichkeit, die Flasche loszuwerden. Aufgefallen ist mir zudem, dass mir dies im benachbarten Ausland eben nicht passiert. Denn dort gibt es meist die Möglichkeit, den Abfall an öffentlichen Orten ad hoc getrennt zu entsorgen.

Mit diesem Postulat, das dank einer Petition des Jugendparlaments entstanden ist, möchten wir auch in Zürich getrenntes Entsorgen ermöglichen. Durch eine Änderung der Abfallverordnung sollen die Gemeinden einen entsprechenden Auftrag erhalten. Um den Grundsatz der Verhältnismässigkeit eben zu wahren, liebe FDP, soll die vorgeschriebene Anwendung beschränkt werden auf stark frequentierte Orte mit hohem Abfallaufkommen und auf Fraktionen mit einer hohen Sammlungsdisziplin und Reinheit. Bei der Ausgestaltung der Verordnung sollen zudem die Erfahrungen der SBB und von Pilotversuchen einzelner Gemeinden einbezogen werden. Wir werden zwar als Weltmeister im Recycling gelobt, es gibt aber definitiv noch Luft nach oben. Mit diesem Postulat können wir den Anteil an getrennt gesammelten Werkstoffen erhöhen und damit noch brachliegendes Potenzial nutzen. Wir können auf ein Bedürfnis der Bevölkerung eingehen und einen weiteren Schritt Richtung Kreislaufwirtschaft machen. Wenn die öffentliche Hand als Vorbild vorangeht, werden dadurch auch private Anbieter, etwa von Einkaufszentren, motiviert mitzumachen. Bisher gilt der Grundsatz, dass wir gemeinsam sammeln. Zukünftig soll im Grundsatz getrennt gesammelt werden, mit Berücksichtigung von Ausnahmen. Dies ist ein wichtiger Paradigmenwechsel im Sinne der Kreislaufwirtschaft.

Als die Vertretung des Jugendparlaments ihr Anliegen in der Kommission vorgestellt hat, habe ich mir gedacht: Ja, sie hat hier wirklich einen Punkt, es gibt schlicht nichts dagegen einzuwenden. Also, befreien Sie mich von dieser PET-Flasche und zeigen Sie dem Jugendparlament, dass wir gemeinsam die Kreislaufwirtschaft angehen. Wir überweisen dieses Postulat und danken für Ihre Unterstützung.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Die Schweiz als Abfallweltmeister? Nicht ganz. Gemäss OECD (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) landet die Schweiz mit einer Recycling-Rate von rund 30 Prozent bei den Haushalts- und Gewerbeabfällen auf dem 10. Platz. Trotzdem, mit den Recycling-Raten von zwischen 80 und 97 Prozent bei Altpapier, Aludosen, Altglas und PET-Flaschen sind wir relativ gut unterwegs. Es geht aber immer besser. Wenn Sie zum Beispiel unterwegs sind in Ihrer Stadt oder auch in einer kleinen Gemeinde, ein Getränk in einer PET-Flasche oder Aludose kaufen, wie es beim Mittagessen am Takeaway-Stand oder beim Bäcker üblich ist, dann haben Sie praktisch keine Möglichkeit, diese getrennt vom Allgemeinmüll zu entsorgen, ausser zu Hause oder an den grösseren Bahnhöfen. Nur, wer packt schon seinen Abfall in die Tasche, um ihn dann zu Hause zu entsorgen? Mit getrennten Abfall-eimern an viel frequentierten Orten, beispielsweise öffentlichen Plätzen, soll die Abfallverordnung an die heutige Realität angepasst werden, weil eben in den Zentren mehr Abfall unterwegs entsteht als noch vor 20 oder 30 Jahren. Es ist wichtig, dass die Recycling-Quote noch weiter erhöht wird, denn Abfälle, insbesondere

PET-Flaschen oder Aludosen, sind eben auch Ressourcen. Und diese in der KVA (*Kehrichtverbrennungsanlage*) zu entsorgen, ist der schlechtestmögliche Weg. Die Schweizer können Abfall getrennt sammeln, das ist keine Frage. Man muss ihnen aber auch die Möglichkeit dazu geben. Wir werden das Postulat überweisen.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Neben Abfallsündern, an denen wir uns alle stören, gibt es aber auch viele Abfall-Heros, die ihre Abfälle auch unterwegs richtig entsorgen oder mit nach Hause nehmen. Es sind sich immer mehr Leute bewusst, dass getrennter Abfall für Recycling und eventuell Rückführung in den Materialkreislauf wertvoll ist, daher werden getrennte Abfalleimer auch gerne genutzt. Die Petition des Jugendparlaments ist in der KEVU bei fast allen Fraktionen, auch bei uns, auf offene Ohren gestossen, was zu diesem Postulat geführt hat.

In der Stellungnahme der Regierung erfahren wir nun, dass flächendeckende Recycling-Stationen im öffentlichen Raum nicht verhältnismässig und nicht zielführend wären. Eine verhältnismässige Sammelmenge wird nur an Standorten erreicht, die entsprechend häufig frequentiert wird. Dass bei Stationen mit wenig Sammelgut gute Trennungsdziplin herrscht, ist wohl selbstverständlich, bei zwei Büchsen und einer Zeitung ist es auch kein Problem. In den grösseren Städten und auch in einigen Gemeinden gibt es bereits Recycling-Stationen. Sie kennen auch die Bedürfnisse und die idealen Standorte in ihren Gemeinden am besten, zum Beispiel auch die hohe Frequenz. Es ist auch kein so grosses Problem, wie jetzt zum Teil gesagt wurde, leere Büchsen und PET-Flaschen oder Verpackungsmaterial nach Hause zu nehmen und dann korrekt zu entsorgen. Ich selber packe immer meinen Abfall, wenn ich ihn nicht sauber entsorgen kann, in meine Tasche und nehme ihn mit nach Hause. Anzustreben ist jedoch generell weniger Abfall zu produzieren.

Besten Dank dem Jugendparlament für seinen Anstoss. Aber auch mit Blick auf die Gemeindeautonomie lehnt die Mitte-Fraktion dieses Postulat ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Weil schon fast alles gesagt ist und ihr Hunger habt, nur noch die drei Hauptgründe, warum man diesem Postulat zustimmen kann:

Erstens: Die Gemeinden können pragmatisch handeln, denn sie sagen, wo «stark frequentiert» in ihrer Gemeinde ist. Zweitens: Sie müssen das nur dort tun, wo sie ein sehr hohes Abfallaufkommen lokalisieren. Und die Beurteilung, was ein hohes Abfallaufkommen ist, können sie auch noch selbst festlegen. Und drittens folgt dieses Postulat einer sehr guten Erfahrung der SBB, die das System erprobt hat. Und es funktioniert.

Never change a running system – wir können also froh und fröhlich diesem Postulat zustimmen. Die EVP wird dies tun.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Hier muss ich vielleicht zuerst nochmals die Forderung wiederholen, die im Postulat formuliert ist: Es werden nämlich Recycling-

Mülleimer an viel frequentierten Standorten gefordert. Und hier möchte ich nochmals «viel frequentiert» unterstreichen, da zuvor durchaus auch die Befürchtung einer Überregulierung genannt wurde. Eigentlich sollte das Ganze ja Common Sense sein, aber leider funktioniert es einfach nicht ganz überall. Denn wie meine Vorredner habe ich durchaus auch schon das Problem gehabt, dass ich bis zum Bahnhof laufen musste, um eine PET-Flasche zu entsorgen; dies übrigens nicht nur in ländlichen Gemeinden, sondern durchaus auch in der Stadt.

Wir anerkennen übrigens durchaus, dass dies ein Eingriff in die Gemeindeautonomie ist. Hier braucht es einfach eine gewisse Interessenabwägung: Wie gross ist bei solchen Massnahmen der Eingriff dann wirklich gegenüber dem Nutzen für die Umwelt? Und hier sind wir klar für den Nutzen für die Umwelt. Weitere Befürchtungen, es gebe mehr Abfall, wie von der SVP geäussert, empfinde ich dann doch sehr als «den Teufel an die Wand gemalt». Wer letztendlich nicht richtig entsorgt, macht dies wohl so oder so, dagegen lassen sich dann auch Massnahmen ergreifen. Aber ich habe hier vielleicht auch ein bisschen mehr Vertrauen in die Landbevölkerung in den SVP-dominierten Gemeinden als sie selbst .

Und was ist sonst die Alternative? Die FDP hat ein Kreisschreiben vorgeschlagen. Nun ja, ich sehe darin nicht wirklich eine Alternative. Dies ist wohl mehr ein Papiertiger ohne wirkliche Verbindlichkeit, quasi ein Werbeprospekt auf Verwaltungsebene.

Der Eingriff ist schlussendlich nicht wirklich gross beziehungsweise geringfügig, daher kann man dies durchaus auch so festschreiben. Wir werden daher dieses Postulat überweisen.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Ich möchte nur kurz erläutern, weshalb ich diesem Postulat nicht zustimmen kann: Wir haben in Wädenswil dieses Getrennt-Sammeln an verschiedenen, gut frequentierten Standorten ausprobiert, es hat leider nicht funktioniert. Alle diese Mülleimer waren mit durchmischtem Abfall gefüllt. Entsprechend haben wir diese wieder abgebaut. Besten Dank.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Eine kleine Replik an die SVP, die meinte, das sei ein unzulässiger Eingriff in die Gemeindeautonomie. Hier wieder einmal die Erinnerung, dass die SVP das mit der Gemeindeautonomie sehr eigenwillig auslegt. Meine Liste von Beispielen, wann Sie typischerweise die grossen Städte oder ganz spezifisch einfach Zürich überstimmen mit kantonalem Recht: Wir hätten da die Antistauinitiative (*Vorlage 5251*), da geht es darum, dass die Stadt Zürich ihre Verkehrsplanung nicht selbst machen soll. Dann wollte die Stadt Zürich eine Meldepflicht für Demonstrationen einführen. Zack, kam die Volksinitiative auf kantonaler Ebene von der SVP («*Anti-Chaoten-Initiative*», *Vorlage 5892*). Die Stadt Zürich wollte darauf verzichten, dass man in Polizeimeldungen die Nationalitäten der beteiligten Personen nennt. Das haben Sie auch mit einer Volksinitiative (*Vorlage 5543*) sofort ausgebremst. Die Stadt Zürich wollte ausserdem einführen, dass Angehörige des Polizeikorps nur einen C-Ausweis brauchen und nicht einen Schweizer Pass, auch das haben Sie erfolgreich verhindert (*KR-Nr. 390/2020*). Und dann ein besonders lustiges Beispiel: Tempo 30 in der

Stadt, das soll auch möglichst nicht passieren. Sie hatten sogar eine Volksinitiative dazu, die Sie letzte Woche aus Angst, dass die Stadt Zürich diese Volksinitiative dann ablehnen könnte, zurückgezogen haben. Sie wollen das lieber über den Kanton regeln (*Vorlage 5947*). Also hören Sie mir auf mit Gemeindeautonomie!

René Isler (SVP, Winterthur): Ich kann es kurz machen: Wir sprechen hier von getrennten Recycling-Mülleimern und das letzte Votum der Grünen war eines dafür (*Heiterkeit*).

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 85 : 84 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 434/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.